Wie die Krise soziale Ungleichheiten verschärft

Posted on 20. Oktober 2022 by Bettina Kohlrausch



Foto: sira

Der Arbeitsmarkt, der Sozialstaat und das Bildungssystem sind nicht (mehr) in der Lage, die untersten Einkommensgruppen angemessen abzusichern und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren – trotz weit verbreiteter Erwerbstätigkeit. Was ist soziale Ungleichheit und welche Bedeutung hat sie für die Entwicklung moderner Gesellschaften?

Soziale Ungleichheit definieren Solga et al. (2009, S. 15) als einen Zustand, in dem „Menschen als Angehörige sozialer Gruppen (zum Beispiel Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, Alter, Bildungs- oder Berufsgruppen) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind“. Handlungs- und Lebensbedingungen sind durch die Ressourcen definiert, die mit einer bestimmten sozialen Position verknüpft

sind. Wenn diese Verknüpfungen dauer- und regelhaft werden, entstehen Strukturen sozialer Ungleichheit.

Welche Ressourcen besonders relevant für die Definition spezifischer Handlungsspielräume sind, hängt dabei auch von den gesellschaftlichen Gelegenheitsstrukturen ab, die zumindest in sogenannten Arbeitsgesellschaften insbesondere durch das Erwerbssystem definiert sind. So haben beispielsweise (formale) Qualifikationen in modernen Industriegesellschaften eine deutlich größere Bedeutung für die Bestimmung individueller Handlungsspielräume als dies in früheren Gesellschaften der Fall war. Gelegenheitsstrukturen, Handlungsoptionen und Ressourcen bestimmen somit auch Mobilitätsregime. Sie definieren die soziale Auf- und Abwärtsmobilität. Solange die Kopplung von sozialer Position und Ressource gesellschaftlich legitimiert erscheint, sind Auf- und Abwärtsmobilitäten bis zu einem gewissen Grad auch gesellschaftlich akzeptiert und für die Individuen zwar nicht immer beeinflussbare, aber doch nachvollziehbare Prozesse.

Vermeintlich meritokratisch

Mit sozialer Ungleichheit sind daher nicht nur spezifische Mechanismen der sozialen Platzierung verbunden, sondern auch spezifische Muster der Legitimation dieser Platzierung. Ob eine Gesellschaft soziale Ungleichheit verträgt, hängt somit einerseits davon ab, wie groß diese ist und ob sie die Handlungsspielräume von bestimmten Gruppen so beschränkt, dass deren gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt oder nicht möglich ist; und andererseits davon, ob die existierende Ungleichheit zumindest großen Teilen der Gesellschaft als legitim erscheint, ob die Gesellschaft als gerecht wahrgenommen wird. Für diese Frage, ob die Verteilung von Ressourcen als gerecht wahrgenommen wird, ist es entscheidend, ob die Verteilungskriterien als nachvollziehbar und transparent angesehen werden. Wichtige Institutionen, die Individuen Handlungsspielräume ermöglichen und verwehren, sind der Arbeitsmarkt und das Bildungssystem. Sie tragen insofern zur Legitimation sozialer Ungleichheit bei, weil sie Zugänge zu Ressourcen und Handlungsspielräumen vermeintlich meritokratisch, also nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit ge- oder verwehren. Das Konzept der Meritokratie kann schon im Grundsatz kritisiert werden, wie es zuletzt der prominente Philosoph Michael Sandel (2020) getan hat. Er verwies darauf, dass die Orientierung an Leistung Gesellschaften in Gewinner:innen und Verlierer:innen zu spalten droht.

Ich möchte im Folgenden zeigen, dass jedoch schon das durchaus kritikwürdige Prinzip der Leistungsgesellschaft in Deutschland nicht gilt. Während der Pandemie wurde offengelegt, dass Zugänge zu wichtigen Ressourcen, wie die Absicherung von Erwerbsarbeit oder Schulbildung, vor allem jenen vorenthalten werden, die über wenig Ressourcen verfügen. Dies widerspricht dem für die Idee der Meritokratie zentralen Ideal der Chancengleichheit. Im Ergebnis mündete dies auch in eine Zunahme der sozialen Ungleichheit. Sie hat, so mein Argument, solche Ausmaße angenommen, dass die Grenzen der gesellschaftlichen Verträglichkeit erreicht sind. Das betrifft sowohl die Einschränkung der Teilhabe wegen

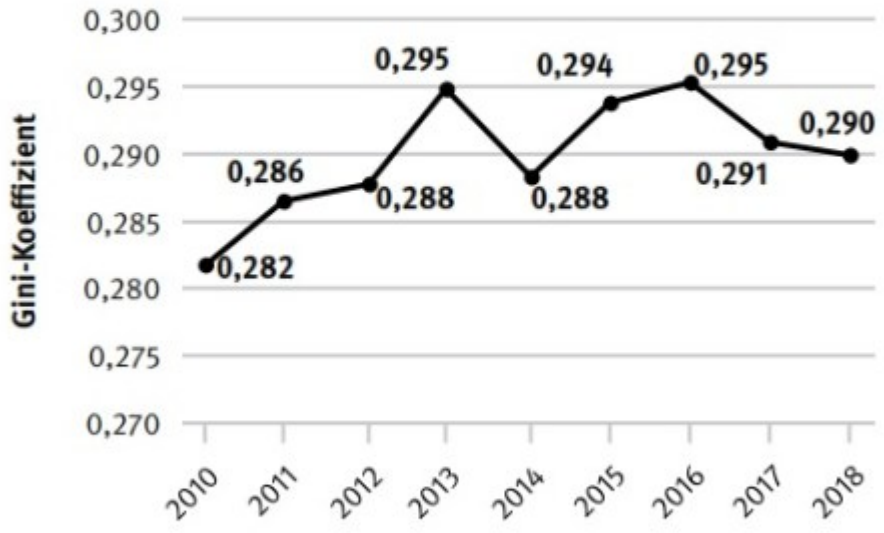
sozialer Ungleichheit als auch die gesellschaftliche Akzeptanz insbesondere im Bezug auf die ungleiche Verteilung der Lasten der Corona-Krise. Ich konzentriere mich dabei in meinen Ausführungen auf die Einkommens- und Bildungsungleichheit.

Anlässlich ihres 50jährigen Jubiläums, das sie am 26. November in Frankfurt a. M. feiern wird, gibt die Otto Brenner Stiftung drei Essaybände heraus:
Welche Öffentlichkeit brauchen wir? Zur Zukunft des Journalismus und demokratischer Medien
Welche Arbeit machen wir? Zur Zukunft von Wirtschaft, Natur und Kultur
Welche Politik wollen wir? Zu Zukunft des Staates, der Zivilgesellschaft und der Demokratie
Nach dem Essay von Heike Buchter „Wirtschaft und Gerechtigkeit, auf ewig geteilt?“ aus dem “Arbeits-Band” erscheint hier ein Beitrag aus dem „Politikband“ als Vorabveröffentlichung mit freundlicher Genehmigung der Otto Brenner Stiftung.

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit

Ein Indikator für die Entwicklung der sozialen Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient, der bei totaler Ungleichheit (eine Person verdient alles und alle anderen nichts) den Wert eins und bei totaler Gleichheit (alle Personen verdienen gleich viel) den Wert null annimmt. Je höher der Gini-Koeffizient, desto größer ist somit die soziale Ungleichheit. Der Gini-Koeffizient Deutschlands war im Jahr 2018 höher als im Jahr 2010 (siehe Abbildung 1). Es ist somit langfristig betrachtet zu einer Zunahme der Einkommensungleichheit gekommen. Andererseits ist der Gini-Koeffizient seit 2016 wieder gesunken, was einen Rückgang der Einkommensungleichheit in den Jahren vor der Pandemie belegt. Dies ist ein erfreulicher Befund, der sicherlich auch auf steigende Tariflöhne zurückzuführen ist. Es bedeutet, dass wichtige Strukturen und Institutionen des Arbeitsmarktes im Hinblick auf ihre Verteilungswirkung – zumindest für die mittleren Einkommensgruppen (siehe unten) – wieder besser funktionieren.

Abbildung 1:
Entwicklung des Gini-Koeffizienten zwischen 2010 und 2018



Quelle: Eigene Darstellung nach Zucco und Özerdogan (2021, S. 8). Daten auf Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels.

Schaut man sich die Entwicklung der Einkommen jedoch differenziert nach Einkommensgruppen an, so zeigt sich eine starke Differenzierung der Einkommensentwicklung. Während die mittleren und höheren Einkommen seit 2014 teilweise kräftige Zuwächse erfahren haben, sind die unteren Einkommen von dieser Entwicklung weitestgehend abgekoppelt. Die untersten zehn Prozent der Einkommen hatten zwischen 2010 und 2018 im Gegensatz zu allen anderen Einkommensgruppen keinerlei Reallohnzuwächse zu verzeichnen. Der Rückgang der Einkommensungleichheit geht also vor allem auf die Zuwächse der mittleren Einkommen zurück.

Trotz niedriger Arbeitslosenzahlen wuchs bereits vor Beginn der Pandemie der Anteil der armen Menschen: Laut Verteilungsbericht des WSI aus dem Jahr 2020 ist seit 2012 der Anteil der Bevölkerung, der arm ist, also weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hat, von 14 Prozent auf 16 Prozent im Jahr 2017 gestiegen. Auch der Anteil der sehr einkommensarmen Bevölkerung (der weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens erhält) ist im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf zehn Prozent angestiegen. Ein beachtlicher Anstieg auf ohnehin schon hohem Niveau (Kohlrausch et al. 2020).

Es spricht viel dafür, dass diese Entwicklung durch die Corona-Krise eher verstärkt wird. Auswertungen auf Grundlage der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung haben gezeigt, dass untere Einkommensgruppen in der Krise am stärksten von Einkommenseinbußen betroffen waren (Zucco und Özerdogan 2021). Aber auch mittlere Einkommensgruppen hatten ein höheres Risiko Einkommenseinbußen (dies gilt sowohl für Individual- als auch für Haushaltseinkommen) zu erfahren als höhere Einkommensgruppen. Es besteht somit die Gefahr, dass die positive Einkommensentwicklung der mittleren Einkommensgruppen vor der Krise ab- oder ausgebremst wird. Ein näherer Blick auf die Faktoren, die das Risiko von Einkommenseinbußen vergrößern, erklärt, warum hiervon besonders oft die unteren Einkommensgruppen betroffen waren. So mussten vor allem Personen auf Teile ihres Einkommens verzichten, die im Gastgewerbe arbeiten, einer Branche mit einem hohen Niedriglohn-Anteil.



Foto: sira

Die wichtigste Ursache für Gehaltseinbußen war die Kurzarbeit. In den allermeisten Fällen wurden Gehaltsausfälle nur anteilig durch das Kurzarbeiter:innengeld ersetzt. Insbesondere für Personen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, sind diese Kompensationen zu gering, um armutsfeste Löhne zu garantieren, da diese Einkommensgruppen besonders selten eine Aufstockung des Kurzarbeiter:innengeldes erhalten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sie seltener tarifvertraglich abgesichert sind. Anders als Beschäftigte in Kurzarbeit, konnten Mini-Jober:innen, die besonders häufig von Einkommenseinbußen betroffen waren und in der Regel wenig verdienen, mit gar keinen zusätzlichen Kompensationen rechnen (Hövermann und Kohlrausch 2020).

Ungleiche Bildungs- und Aufstiegschancen

Soziale Ungleichheit betrifft auch die Chancen auf sozialen Aufstieg, die in Deutschland bereits vor der Pandemie sehr ungleich verteilt waren. Analysen des WSI haben gezeigt, dass sich die Einkommensverteilung im Verlauf der letzten Jahrzehnte verfestigt hat, die soziale Mobilität also abnimmt (Spannagel 2016). Das bedeutet, dass der soziale Aufstieg aus der Armut heraus nur selten gelingt. Die Pisa-Studien weisen darüber hinaus regelmäßig darauf hin, dass der Bildungserfolg in Deutschland eng an die soziale Herkunft der Kinder gekoppelt ist. Auch diese Tendenz hat sich im Zuge der Schulschließungen und des Homeschoolings eher verschärft, aus mehreren Gründen (vgl. auch Kohlrausch 2021).

Erstens waren finanzielle Ressourcen und die damit verbundene Ausstattung mit digitalen Endgeräten oder Wohnraum, der genug Platz zum ungestörten Lernen ließ, ungleich verteilt. Gleichzeitig waren Eltern mit geringerem Einkommen und geringerer formaler Bildung auch seltener im Homeoffice und dadurch schlicht nicht vor Ort, um ihre Kinder zu Hause beim Lernen zu unterstützen. Wenig überraschend empfinden Eltern ohne akademischen Abschluss im Vergleich mit ihren akademischen Pendants die Schulschließungen im Hinblick auf die Lerneinbußen entsprechend als problematischer und das Lernumfeld zu Hause als schlechter (Wößmann et al. 2021). Das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe konnte darüber hinaus zeigen, dass Eltern mit akademischem Abschluss häufiger der Auffassung waren, dass ihre Fähigkeiten ausreichen, um ihre Kinder inhaltlich beim Lernen zu Hause zu unterstützen (LIfBi 2020).

Zweitens trägt die deutsche Schulstruktur, die eine sehr frühe Aufteilung der Schüler:innen auf unterschiedliche Schultypen vorsieht, wesentlich zur Verschärfung von Bildungsungleichheit bei. Dies liegt daran, dass Bildungsentscheidungen der Eltern – aber auch Bildungsempfehlungen des Lehrpersonals – schichtspezifisch getroffen werden. So hatte ein Grundschulkind von Eltern aus Dienstleistungsberufen bei gleichen Kompetenzen im Jahr 2016 eine rund dreieinhalb mal höhere Chance auf eine Gymnasialempfehlung als ein Kind aus dem Arbeitermilieu (vgl. Klemm 2021). Kinder aus den unteren sozialen Schichten müssen somit (unter ungünstigeren Voraussetzungen) mehr leisten, um auf eine höhere Schulform zu kommen.

Entscheidend ist, dass diese sehr frühe Aufteilung auf unterschiedliche Schultypen zu unterschiedlichen Lernumfeldern führt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die individuellen Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten auf einem Gymnasium deutlich besser sind als auf einer Hauptschule. Das wird zudem durch die äußeren Rahmenbedingungen, wie unterschiedliche Curricula, forciert. Auch während der Schulschließungen herrschten an Gymnasien bessere Bedingungen für das digitale Lernen als an anderen Schultypen. So berichteten vor allem Eltern von Kindern, die ein Gymnasium besuchten, von einem Anstieg interaktiver und/oder rezeptiver virtueller Lernangebote. Auch gibt es nach Angabe der Eltern an Gymnasien häufiger Onlineplattformen, Onlinekurse oder Schul-Clouds als an anderen Schultypen. Die unterschiedliche Ausstattung und Praxis der verschiedenen Schultypen ist vermutlich auch der Grund dafür, dass

Akademikerkinder während der Pandemie häufiger in den Genuss von virtuellem Unterricht und individuellen Gesprächen mit Lehrer:innen kamen (Wößmann et al. 2021).



Foto: sira

Schwindende Legitimität der sozialen Ordnung

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass die Krise bereits bestehende soziale Ungleichheiten verschärft, da sie vor allem jene trifft, die auch vor der Krise über eher geringe Ressourcen verfügten. Die Pandemie hat somit keine neuen Ungleichheiten geschaffen, sondern alte verstärkt. Sie hat die Schwächen und immanenten Ungerechtigkeiten des Erwerbssystems und der Institutionen, die diese Ungerechtigkeiten sozial auffangen sollen, sowie des Bildungssystems offengelegt: schwächere Arbeitsmarktgruppen und die unteren sozialen Schichten waren unverhältnismäßig stark belastet. Das lag zum einen an der Prekarisierung von Arbeit, zum Beispiel im Zuge der massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors und des Rückgangs der Tarifbindung in den Dekaden vor der Pandemie. Es hat sich weiterhin gezeigt, dass sich die Absicherung von Beschäftigung noch zu stark an einem traditionellen Verständnis von abhängiger Vollzeiterwerbstätigkeit

orientiert. In der Krise sind jedoch auch viele Freiberufler:innen auf den Schutz der Solidargemeinschaft angewiesen. Die Arbeit hat sich verändert – der Sozialstaat hinkt diesen Veränderungen immer noch hinterher, das hat die Pandemie uns deutlich vor Augen geführt.

Der Arbeitsmarkt, der Sozialstaat und das Bildungssystem sind nicht (mehr) in der Lage, die untersten Einkommensgruppen angemessen abzusichern und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren, obwohl viele von ihnen erwerbstätig sind. Zudem besteht die Gefahr, dass sich die negative Einkommensentwicklung der unteren Einkommensgruppen im Zuge der Corona-Krise und der anstehenden Ukraine-Krise noch verschärft. Damit würde es zu einer weiteren Zunahme der sozialen Ungleichheit kommen.

Das ist besorgniserregend, weil weitere Einkommensverluste – insbesondere für die ärmeren Bevölkerungsschichten – natürlich eine existenzielle Bedrohung darstellen, und weil eine Zunahme sozialer Ungleichheit destabilisierend auf die Gesellschaft als Ganzes wirken kann. Es besteht die Gefahr, dass Arbeit ihre Integrationskraft verliert und von einem wachsenden Teil der Beschäftigten nicht mehr als Angebot und Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe verstanden wird. Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen und damit einhergehender geringerer Befürchtungen, den Job zu verlieren, nehmen die Sorgen um die eigene Altersabsicherung und die Abstiegsängste zu. Die Befürchtung, dass sich soziale Ungleichheiten vergrößern und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft abnimmt, hat ein sehr hohes Niveau erreicht. Abstiegsängste betreffen zunehmend auch erwerbstätige Personen. Diese Befunde sprechen dafür, dass die Angst vor dem sozialen Abstieg mit Erfahrungen *innerhalb* des Erwerbssystems und weniger mit der Angst vor dem Ausschluss *aus* dem Erwerbssystem zusammenhängt.

In dieser Entwicklung liegt ein gewaltiges Potenzial sozialer Verunsicherungen, welches unsere sozialstaatliche Ordnung in Frage stellen könnte, weil die Systeme, welche die Verteilung von Ressourcen strukturieren (in diesem Fall der Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme und das Bildungssystem) von einem wachsenden Teil der Bevölkerung als nicht mehr funktional wahrgenommen werden. Dies kann langfristig auch destabilisierende Effekte auf die Demokratie haben: So waren beispielsweise Personen, die im Zuge der Corona-Pandemie Einkommenseinbußen erlitten haben, eher bereit, Verschwörungsmythen zu glauben (Hövermann und Kohlrausch 2020; Hövermann 2020, 2021). Es scheint daher dringend geboten, nicht nur die Stabilisierung der Wirtschaft, sondern auch die Abwendung der Zunahme der sozialen Ungleichheit als zentrale Herausforderung der Politik zu begreifen. Wir werden die aktuellen wie die kommenden Krisen und Transformationsprozesse nur bewältigen können, wenn Erwerbsarbeit, auch unter veränderten Rahmenbedingungen, ein Ort gesellschaftlicher Integration bleibt.

Literatur

Die Links wurden am 19. Juli 2022 zuletzt überprüft.

Hövermann, A. (2020). Corona-Zweifel, Unzufriedenheit und Verschwörungsmythen. Erkenntnisse aus zwei Wellen der HBS-Erwerbspersonenbefragung 2020 zu Einstellungen zur Pandemie und den politischen Schutzmaßnahmen. *WSI Policy Brief*, 48.
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-20210113112049371415 12
Hövermann, A. (2021). Sommer 2021: Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmythen bleiben. Aktuelle Befunde der 5. Welle der HBS-Panel-Erwerbspersonenbefragug 2020/21. *WSI Policy Brief*, 61.
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-20211025143130381863 87
Hövermann, A., & Kohlrausch, B. (2020). Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise. Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. *WSI-Mitteilungen,* 73(6), S. 485-492. DOI: 10.5771/0342-300X-2020-6-485
Klemm, K. (2021, 23. August). *Alle Jahre wieder – Zur Konstanz sozialer Ungleichheit in und durch Deutschlands Schulen*. Deutscher Gewerkschaftsbund.
https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/bildung-und-bildungsarbeit/++co++3d891f16-0b01-11ec-bb4d-001a4a160123
Kohlrausch, B. (2021). Die Corona-Krise verschärft Bildungsungleichheit. *WSI -Mitteilungen* 74(6), S. 434. DOI: 10.5771/0342-300X-2021-6-434
Kohlrausch, B., Zucco, A., & Hövermann, A. (2020). Verteilungsbericht 2020: Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. *WSI Report*, 62.
https://www.econstor.eu/handle/10419/226658
LIfBi (2021). *Corona-bedingte Schulschließungen – … und nun funktioniert alles digital? Wie Eltern mit Kindern in der 8. Klasse die Zeit der Schulschließungen in Deutschland erlebt haben* (NEPS Corona & Bildung, Bericht Nr. 1). Bamberg: Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V.
https://www.lifbi.de/Portals/13/Corona/NEPS_Corona-und-Bildung_Bericht_1-Schule.pdf
Sandel, M. J. (2020). *Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt*. Frankfurt am Main: S. Fischer
Spannagel, D. (2016). Soziale Mobilität nimmt weiter ab: WSI-Verteilungsbericht 2016. *WSI Report*, 31.
https://www.econstor.eu/handle/10419/225390
Solga, H., Berger, P. A., & Powell, J. (2009). Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern! Eine Einführung. In H. Solga, J. Powell, & P. A. Berger (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse* (S. 11–45). Frankfurt a. M. und New York: Campus
Wößmann, L., Freundl, V., Grewenig, E., Lergetporer, P., Werner, K., & Zierow, L. (2021). Bildung erneut im Lockdown: Wie verbrachten Schulkinder die Schulschließungen Anfang 2021? *ifo Schnelldienst,* 74(5), S. 36–52
Zucco, A., & Özerdogan, A. (2021). Verteilungsbericht 2021. Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht. *WSI-Report*, 69. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008182/p_wsi_report_69_2021.pdf .

- E-Mail

- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren